

Juli 2016

Ist schon wieder Wahlkampf? Man könnte es fast meinen, wenn man die vielen Äußerungen und Kommentare aus fast allen Parteien zum Thema Rente hört und liest. Da werden Schlagworte wie Lebensleistungsrente und bedingungsloses Einkommen für jeden hervorgeholt. In der Schweiz wurde vor wenigen Tagen über letzteres sogar eine Volksabstimmung durchgeführt, allerdings vorerst mit negativem Ergebnis.

Nun beschließt man, gegen den Missbrauch bei Leiharbeit und Werksvertrag vorzugehen, allerdings mit Maßnahmen, deren Wirksamkeit ich bezweifle.

Beim Mindestlohn ist offensichtlich, dass dieser nicht ausreicht, um ein normales Leben zu sichern, weder für den Einzelnen und schon gar nicht für eine Familie. Und am Ende des Arbeitslebens führt er zu einer Rente maximal auf dem Niveau der Grundsicherung.

Wie man mit solchen Niedriglöhnen private Altersvorsorge betreiben soll, ist nicht nachvollziehbar. Wer die Absenkung des Renten-niveaus abmildern will, muss die Beitragsbasis vergrößern und die Rentenversicherung von rentenfremden Belastungen befreien. Dazu gehört Mut. Bisher ist er nirgends wirklich festzustellen. Auch die FDP sollte in diesem Thema aktiver werden. Mit dem Bürgergeld hat sie einst einen guten Anfang gemacht.

Hanspeter Gramespacher
stellv. Landesvorsitzender

Liberele Senioren Baden-Württemberg

LSI AKTUELL

Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

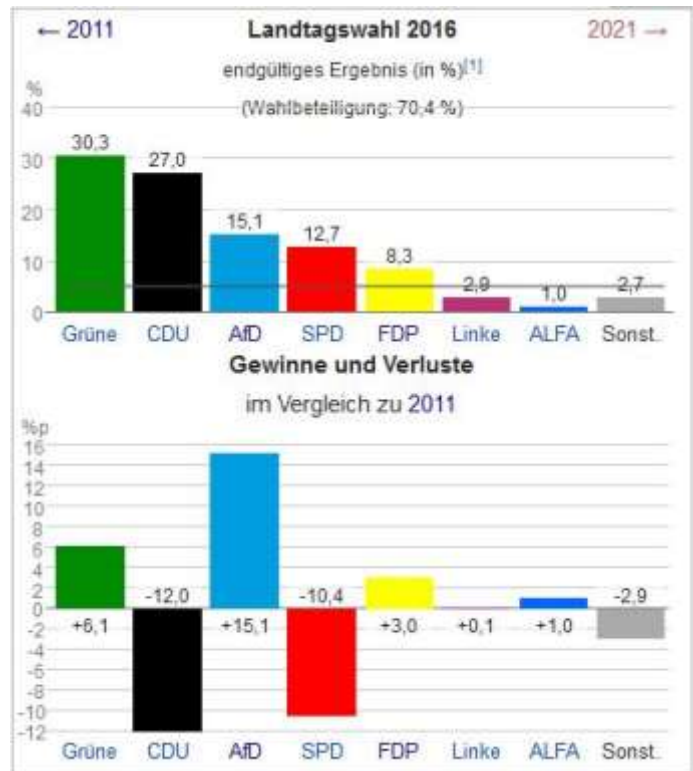
Landtagswahl 2016

Die Landtagswahlen in den drei Bundesländern haben gezeigt, dass wie erwartet die Migranten- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin alle landespolitischen Themen überschattet.

Der mit weitem Abstand größte Gewinner der Wahlen ist die AfD, die aus dem Stand in Sachsen-Anhalt auf 24,3 % kommt, in Rheinland-Pfalz auf 12,6 % und in Baden-Württemberg auf 15,1 %. Die Grünen haben in Sachsen-Anhalt etwas, in Rheinland-Pfalz dramatisch verloren und in Baden-Württemberg dazugewonnen und sind hier vor der CDU stärkste Partei. Die SPD ist in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt regelrecht abgestürzt, in Rheinland-Pfalz hat sie ihr Ergebnis knapp gehalten.

Die FDP mit Spitzenkandidat Ulrich Rülke in Baden-Württemberg gehört ebenfalls zu den Gewinnern und hat sich mit 8,3% als liberale Opposition stabilisiert. Berliner Auguren sehen in dem Wahlergebnis eine Prognose für die Bundestagswahl 2017: Der Trend würde zu einer schwarz-grünen Koalition im Bund gehen.

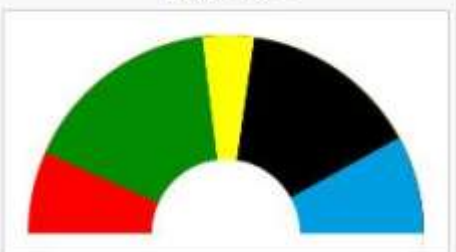
Vor dem Hintergrund, dass der grüne elder statesman Jürgen Trittin Winfried Kretschmann vor nicht allzu langer Zeit noch als „Waldschrat“ bezeichnet hat, ist das



doch mehr als fraglich. In Baden-Württemberg hat nicht die Grüne Partei, sondern die Person Winfried Kretschmann gewonnen. Ihm haben die Wähler mehr vertraut als dem Gegenkandidaten Wolf einer in sich zerstrittenen CDU.

Ein Blick auf die Wählerwanderungsanalyse von Infratest-Dimap zeigt: Die CDU hat die meisten Wähler verloren - in Großstädten an die FDP, in Mittelstädten an die AfD und im ländlichen Raum, speziell in Oberschwaben, an die Grünen.

Sitzverteilung gemäß endgültigem Ergebnis^[2]



Von 143 Sitzen entfallen auf:

- SPD: 19
- Grüne: 47
- FDP: 12
- CDU: 42
- AFD: 23

Die SPD hat die meisten Wähler an die AfD verloren. Die größten Stimmgewinne konnte die FDP in der Altersgruppe 50plus erzielen - meist frustrierte ehemalige CDU-Wähler der oberen Bildungsschicht. [WHA]

Die Freien Demokraten unterscheiden sich in grundlegenden Ansätzen von den anderen Parteien. Das hat zu dem geflügelten Wort bei „den anderen“ geführt: Wer FDP wählt, muss alles selber machen. Bei einer Zunahme der Staatsgläubigkeit in Europa und Deutschland ist das kein Erfolgsversprechen.

Wir sind allerdings der Meinung, dass der Staat sowohl Teil der Lösung als auch Teil des Problems ist. Die Probleme vernünftig zu analysieren und zu lösen halten wir für wichtig!

Oberste Priorität hat das Vorleben eines liberalen Lebensgefühls:

- angstfreie, optimistische Lösungsorientierung, zufrieden mit dem und stolz auf das Erreichte sein, Stolz auch auf die Entwicklung der Bundesrepublik;
- Chancengerechtigkeit zubilligen und einfordern, leistungsgerechte Honorierung, keine Gleichmacherei;
- Verteidigung der offenen Gesellschaft und der Freiheit gegen alle Gegner;
- Verknüpfung von individueller Freiheit und Eigenverantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen - eine liberale Grundeinstellung.



Die Landtagswahlen haben das Land verändert

Die drei Landtagswahlen im März haben die Bundesrepublik verändert. Neben der AfD ist der Gewinner der Landtagswahlen in BW durchaus auch die FDP mit größerer Fraktion. Was mit einer großen traditionell verankerten Partei heute passieren kann, zeigt das Schicksal der SPD. Die Analyse von Hugo Müller-Vogg zeigt, dass die Resonanz gängiger Themen abhandeln können, wenn eine realistische Selbsteinschätzung fehlt. Denn der große Verlierer ist die SPD. Bei den letzten Landtagswahlen erreichte die SPD mit ihren Ergebnissen die niedrigsten Werte, seit es Meinungsforschung gibt: 10,9 Prozent in Sachsen-Anhalt, 12,4 in Sachsen und Thüringen, 12,7 Prozent in Baden-Württemberg

und damit deutlich hinter der AfD. Hugo Müller-Vogg sucht auf dem liberalen Blog „Tichys Einblick“ nach Erklärungen und gibt Ralf Dahrendorf Recht, der schon vor dreißig Jahren das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts ausgerufen hatte. Hauptgründe heute seien: die „Sozialdemokratisierung“ der Union

- Bei der Partei Die Linke hat es die SPD mit einem Wettbewerber zu tun, der im Kampf um die „sozialste“ Sozialpolitik immer erster bleiben wird. Mindestlohn, Rentenhöhe, Umverteilung – die Linke fordert stets mehr als die SPD.
- Gravierender wirken sich die SPD-Fehler in der Flüchtlingspolitik aus. Die SPD hat den Willkommenskurs der Kanzlerin zu nächst begeistert mitgetra-

gen, aber zu spät bemerkt, dass die anfängliche Euphorie in Bevölkerung und Medien längst in Angst vor den Folgen einer ungesteuerten Zuwanderung umgeschlagen ist.

- Neben den alles versprechenden Linken stellen die „neuen Grünen“ das Hauptproblem der SPD dar. In ihren einstigen großstädtischen Hochburgen und bei besser verdienenden Akademikern haben ihr vielfach die Grünen den Rang abgelassen. Die stehen für einen gemäßigten Pazifismus, latenten Anti-Amerikanismus, für Gutmenschentum pur und Gendermainstreaming. Zudem haben die Grünen sich das uralte sozialdemokratische Thema der Umverteilung auf die Fahnen geschrieben.

Die Chancen der FDP!

Holzschnittartig zusammengefasst bietet sich folgendes Bild:

- Die CDU in BW hat zwar ihren Nimbus als Machtgarant eingebüßt, bedient aber nach wie vor die Nachfrage nach einer ordentlichen Verwaltung und viel Sozialem – ohne große Ambitionen oder gar Visionen.
- Die Grünen sprechen zunehmend die besser verdienenden Idealisten an, die von einer irgendwie besseren, sozialeren und friedlicheren Welt träumen – in der sie weiterhin zu den Privilegierten zählen, oft im Staatsdienst.
- Die Linke beglückt die Umverteilungsfans und Radikal-Pazifisten.
- Die AfD hat es verstanden, vor dem Hintergrund der Migranten- und Medienkrise als Sammelbecken für Menschen mit Ängsten aufzutreten: Angst vor gesellschaftlichem Abstieg, Angst vor Ver-

lust der völkischen und nationalen Identität, Angst vor religiöser und kultureller Überfremdung, Angst, im digitalen Wettlauf abgehängt zu werden. Angst vor Arbeitsplatzverlust und davor, im sozialen Verteilungskampf zu verlieren.

• Welche Chancen hat hier die FDP?

Soll sie in den Chor der sprachgeregelten Betroffenheitsrhetorik von Medien und Mainstreampolitik einstimmen? Soll die FDP nur den Lumpensammler für die Defizite der anderen Parteien sein, nur ein effizienter Reparaturbetrieb: Wir meinen: Nein! Soll sie die AfD als Partei „gebrandmarkter“ Wutbürger, von Ausländerfeinden, Putin-Verstehern, Völkischen und Rechtsradikalen rechts liegen lassen? Wir meinen: Nein! Soll sie nur den immer klei-

ner werdenden Rest der in politischer und ökonomischer Verantwortung stehenden Marktwirtschaftler bedienen?

Wir meinen: Nein!

Die Freien Demokraten in Baden-Württemberg waren sehr gut beraten, die wiedergewonnenen Glaubwürdigkeit - bestätigt durch den Wiedereinzug in den Landtag mit 8,3 % - nicht durch Scheinkoalitionsverhandlungen aufs Spiel zu setzen.

Wer fünf Jahre lang durch hochprofessionelle und glaubwürdige Oppositionsarbeit den überfälligen Politikwechsel einfordert, darf nicht - wie die CDU - wegen fragwürdiger Machtoptionen zusammen mit den Grünen alle gegebenen Wahlversprechen in den Koalitionsgesprächen über Bord werfen.

[WHA/KS]

Ausschüsse & Ressortverteilung der neuen liberalen Fraktion

Den einzelnen Ausschüssen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für das Finanzwesen, die Schulpolitik oder für den Umweltschutz. Die Ausschüsse befassen sich mit den Angelegenheiten, die ihnen – in der Regel vom Plenum – im Einzelfall überwiesen worden sind, und geben Beschlussempfehlungen. Darüber hinaus können die Ausschüsse auch andere Fragen aus ihrem Geschäftsbereich beraten und dem Landtag zur Entscheidung vorlegen.

Ausschüsse	Mitglieder
Ständiger Ausschuss	Weinmann, Prof. Dr. Goll
Finanzen	Dr. Aden, Glück
Wirtschaft	Reich-Gutjahr, Prof. Dr. Schweickert
Kultus, Jugend, Sport	Hoher, Dr. Kern
Wissenschaft	Hoher, Weinmann
Innen	Prof. Dr. Goll, Dr. Kern
Umwelt und Energie	Glück, Reich-Gutjahr
Soziales	Haußmann, Keck
Ländlicher Raum	Dr. Bullinger, Hoher
Verkehr + Infrastruktur	Haußmann, Keck
Europa	Dr. Aden, Prof. Dr. Schweickert
Petition	Dr. Bullinger, Keck
Wahlprüfungsausschuss	Keck
Parl. Kontrollgremium	Weinmann

Die neu gewählten Abgeordneten: <http://fdp-dvp-fraktion.de/wir/landtagsabgeordnete/>

LSI Gesandte in den Landesfachausschüssen (LFA), Bundesfachausschüssen (BFA) und Fachkommissionen [HUR]

LFA	Derzeitige Leiter/innen (Mai 2016)	Gesandte(r) der Liberalen Senioren Baden-Württemberg
LFA Internationale Politik	Daniel Obst	Nora Jordan-Weinberg, Guglielmo Mizia
LFA Agrarpolitik, ländliche Räume und Verbraucherpolitik	Prof. Dr. Erik Schweickert	Dr. Gerhard Bozler
LFA Verkehr & Infrastruktur	Stefan Tritschler	Prof. Karl-E. Noreikat
LFA Kultur, Ehrenamt und Medien	Marc Puder	Heide Skudelny
LFA Umwelt, Energie	Dr. Manfred Vohrer	Dr. Wolfgang Allehoff, Norbert Patzner, Alexander Mekyska
LFA Bildung und Wissenschaft	Prof. Dr. Peter Henning	Dr. Kurt Sütterlin
LFA Liberale & Kirchen	Dieter Kleinmann	Dr. Kurt Sütterlin
LFA Wirtschafts- und Finanzpolitik	Uli A. Walter	Hanspeter Gramespacher
LFA Gesundheit und Soziales	Pascal Kober	Dr. Horst Dilger
LFA Internet & Neue Medien	Hartmut Hanke	Klaus Kastner

BFA	Derzeitige Leiter/innen (Mai 2016)	Gesandte(r) der Liberalen Senioren Baden-Württemberg
BFA Internationale Politik	Michael Link (Lt) Nora Jordan-Weinberg (stv)	Nora Jordan-Weinberg
BFA Bildung, Forschung, Technologie	Patrick Meinhardt (Lt)	Wolfgang Rietdorf
Kommission Freiheit und Ethik	Roland A. Kohn (Lt)	Roland A. Kohn

BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen)	Derzeitige Leiter/innen (Mai 2016)	Gesandte(r) der Liberalen Senioren Baden-Württemberg
Fachkommission Neue Medien und digitale Technologien	Dr. Heidrun Mollenkopf (Lt) Dr. Barbara Keck (stv)	Dr. Wolfgang Allehoff

Das pflegefachliche Gutachten-instrument ist in sechs Module gegliedert; Gewichtung bei der Gesamtbeurteilung (in Klammern):

1. **Mobilität** (10 %)
2. **kognitive und kommunikative Fähigkeiten**
3. **Verhaltensweisen und psychische Problemlagen**, Punkte 2 und 3 zusammen (15 %)
4. **Selbstversorgung** (40 %)
5. **Bewältigung und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen** (20 %)
6. **Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte** (15%)

Das detaillierte Punktezuordnungsschema haben wir auf unserer Homepage zum Download für Sie bereitgestellt.

(www.liberalesenioren-bw.de/aktuelles)

Die neuen Pflegegrade

Auswirkungen des Pflegegestärkungsgesetzes II (PSG II)

- Die größte Änderung zum seitherigen Pflegesystem ist die Einführung von **Pflegegraden** anstelle der seitherigen Pflegestufen. Mit Wirkung vom 1.1.2017 werden Versicherte, bei denen bis 31.12.2016 die Voraussetzungen für eine Pflegestufe (PfSt) nach altem Recht vorlagen, in Pflegegrade PfGr übergeleitet (siehe Tabelle 1).
- Neu ist auch, dass Versicherte, bei denen eine erhebliche Einschränkung der Alltagskompetenz festgestellt wurde und seither in keiner Pflegestufe waren, **mindestens in PfGr 2 übergeleitet werden**.
- Der **Pflegegrad** wird mit Hilfe eines pflegefachlich begründeten Begutachtungsinstruments ermittelt (siehe Kasten links). Innerhalb der einzelnen Module werden nach definierten Kriterien Punkte zugeordnet. Aus den gewichteten Punkten aller Module wird durch Addition die Gesamtpunktzahl ermittelt, die dann zu einer Zuordnung der Personen in die fünf Pflegegrade nach Beeinträchtigung der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten führt (siehe Tabelle 1).
- Der **Beitragssatz** der Sozialen Pflegeversicherung steigt zum 1.1.2017 um 0,2% auf 2,55% bzw. 2,8% für Kinderlose.
- Der Anspruch auf **Kurzzeitpflege** in einer Pflegeeinrichtung nach z.B. einem Krankenhausaufenthalt wird von vier bis auf acht Wochen im Jahr ausgedehnt; die Pflegekasse übernimmt wie seither Kosten bis zu 1612 € je Kalenderjahr.
- Fällt die Pflegeperson bei selbst organisierter häuslicher Pflege aus (z.B. durch Urlaub oder Krankheit), wird bei Inanspruchnahme von Verhinderungspflege die Hälfte des Pflegegeldes bis zu sechs Wochen im Kalenderjahr weitergezahlt.
- Die Träger von Pflegeeinrichtungen, Sozialhilfeträger und Pflegekassen müssen bis zum 30.9.2016 die **Personalstruktur und die Personalschlüssel** prüfen und gegebenenfalls angleichen.
- Die Bewohner von Pflegeheimen sind bis spätestens bis zum 30.11.2016 über die danach geltenden Pflegesätze schriftlich zu informieren.
- **Die Beratung von Pflegebedürftigen und Angehörigen wird verstärkt**. Die zuständige Pflegekasse informiert die Versicherten unverzüglich nach Eingang eines Antrags auf Leistungen insbesondere über die unentgeltliche Pflegeberatung, den nächstgelegenen Pflegestützpunkt sowie die Leistungs- und Preisvergleichsliste. Das Gutachten wird dem Antragsteller durch die Pflegekasse übersandt. Auf Wunsch einer anspruchsberechtigten Person erfolgt die Pflegberatung auch gegenüber Angehörigen.

- **Die im vorliegenden Gesetz geforderten Pflegestützpunkte sind in BW schon eingerichtet**. Weiterhin sollen Landespflegeausschüsse gebildet werden. Der Spitzenverband der Pflegekassen soll unter Beteiligung des Medizinischen Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen bis zum 31.7.2018 Richtlinien zur einheitlichen Durchführung der Pflegeberatung erlassen (Pflegeberatungsrichtlinien).

- Das BMG beauftragt eine begleitende **wissenschaftliche Evaluation**, insbesondere zu Maßnahmen und Ergebnissen zur Umsetzung der Umstellung des Verfahrens, mit dem die Pflegebedürftigkeit festgestellt wird.

Ein Bericht ist bis zum 1.1.2020 zu veröffentlichen. Des Weiteren wird ein Qualitätsausschuss aus der gleichen Anzahl von Vertretern des Spitzenverbandes Bund der Pflegekassen (Leistungsträger) und aus Vertretern der Vereinigung der Träger der Pflegeeinrichtungen auf Bundesebene (Leistungserbringer) eingerichtet. Die Vertragsparteien sollen fachlich unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen berufen. Diese werden beauftragt, bis zum 31.3.2017 die Instrumente für Qualitätsprüfung und Berichterstattung in der stationären Pflege zu entwickeln. [HD]

Erstattungen für die Pflegegrade durch Pflegekassen

Tabelle 1: Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes II (PSG II)						
Pflege- stufe		Pflegegrad		Pflegekasse übernimmt in <u>vollstationären</u> Einrichtungen	Pflegekasse übernimmt bei <u>häuslicher und</u> <u>teilstat.</u> Pflege	Pflegegeld (muss bean- tragt wer- den)
(alt)		(neu)				
PfSt	➡	PfGr		pro Monat	pro Monat	pro Monat
		I	geringe Beeinträchtigungen	125 €	-	
I	➡	II	erhebliche Beeinträchtigungen	770 €	689 €	316 €
II	➡	III	schwere Beeinträchtigungen	1.262 €	1.298 €	545 €
III	➡	IV	schwerste Beeinträchtigungen	1.775 €	1.612 €	728 €
	➡	V	schwerste Beeinträchtigungen mit besonderer Anforderungen an die pflegerische Versorgung.	2.005 €	1.995 €	901 €

Rente und die Bundestagswahlkämpfe (1)

Stehen wir vor einem Déjà-vu-Erlebnis?

Bereits 1997 hat Norbert Blüm davor gewarnt, einen Rentenwahlkampf anzuzetteln. Leider vergeblich.

Blüm wollte den Anstieg der Renten bremsen, weil die Menschen immer älter werden. Das passte der SPD damals nicht. Sie ist im Wahlkampf 1998 massiv dagegen zu Felde gezogen.

Aber nur drei Jahre später leitete die rot-grüne Bundesregierung unter dem Druck einer hohen Arbeitslosigkeit und einer schmelzenden Rentenreserve selbst Reformen ein:

- Danach sollte die Rentenentwicklung hinter der Lohnentwicklung zurück-

bleiben und

- zur gesetzlichen Rente sollte eine zusätzliche private und betriebliche Vorsorge treten (z.B. Riester und Rürup).

Es fehlte nicht an zusätzlichen Beschlüssen. So wurde z.B. festgelegt,

- das Nettorentenniveau bis zum Jahr 2030 sukzessive bis auf 43 % des durchschnittlichen Jahresentgeltes abzusinken (siehe dazu die Grafik auf Seite 6) und
- das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen.

Dass die 2015 beschlossene Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitrags-

jahren dem diametral widerspricht, daran erinnert sich heute niemand und störte offenbar niemanden.

Dies und die Änderungen bei der Mütterrente verursachte 2015 für das Sozialversicherungssystem bereits zusätzliche Ausgaben in Höhe von **9 Milliarden** Euro und führte zu einem Defizit in Höhe von 2 Milliarden Euro. In den Folgejahren ist mit einem Ansteigen der Ausgaben zu rechnen. Und damit droht auch ein weiteres Ansteigen des Defizites, selbst bei anhaltend guter Konjunkturlage. Das liegt sowohl an der Tatsache,

- dass in den nächsten Jahren verstärkt geburtenstarke Jahrgänge in Rente gehen, als auch
- an einem weiteren Ansteigen der Lebenserwartung.

Darüber hinaus bietet die Politik sowohl für gesellschaftliche Herausforderungen als auch für hausgemachte Probleme wie

- prekäre Arbeitsverhältnisse und
- Missbrauch von Zeitarbeit und Werkverträgen derzeit keine überzeugenden Lösungen an.

Denn diese Tatsachen führen dazu, dass mit dem Mindestlohn selbst nach 45 Beitragsjahren nur eine Rente kaum über der Grundsicherung erreicht wird.

(weiter Seite 6)

- Der würde bedeuten, dass die Basis der Beitragszahler verbreitert wird, indem **alle** Bürger beitragspflichtig werden, auch Selbstständige **und Beamte**.
Schweizer Modell
- Oder dass man das **Renteneintrittsalter** so **flexibel** gestaltet, dass jeder selbst entscheiden kann, wann er ganz oder teilweise in Rente gehen will (*eine alte Forderung der FDP*).
- Auch die **Finanzierung versicherungsfremden Leistungen**, die die Rentenkasse seit vielen Jahren schultern muss, gehört endlich auf den Prüfstand. Dies ist ein Thema, das alle Parteien schon viel zu lange vor sich herschieben.
- Und sollte nicht auch die Idee geprüft werden, den **Soli**, den außer der FDP alle anderen Parteien sowieso nicht ernsthaft abschaffen wollen, zur Finanzierung der Altersrente heranzuziehen?

Rente und die Bundestagswahlkämpfe (2)

Trotzdem entwickeln Gabriel, Nahles und Co. nahezu täglich neue Ideen, mit welchen zusätzlichen Wohltaten der Wähler beglückt werden könnte.

Da kommt wieder die

- „Lebensleistungsrente“ ins Spiel,
- da meint der SPD-Vorsitzende, dass die Rente keinesfalls weiter absinken dürfe.
- oder er spielt mit der Vorstellung, dass der Mindestlohn eine Schwester namens Mindestrente bekommen müsse.

Und wieder einmal wird überlegt, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, wie das Rentensystem sicherer gemacht werden und ein Absinken des Rentenniveaus auf unter 50 % vermieden werden kann – was ohnehin

schon eingetreten ist (siehe Grafik). Diese Kommission soll auch Konzepte entwickeln, dass die Beiträge nicht auf ein unzumutbares Niveau steigen. Was einer Quadratur des Kreises gleichkommt.

Wird diese Kommission auch den Mut zu einem **Paradigmenwechsel** haben? (Siehe Kasten links)

Möglichkeiten, die langfristige Finanzierung des Rentensystems sicherer zu machen, sind wohl durchaus gegeben, es ist nur eine Frage des politischen Mutes, notwendige und für richtig erkannte Lösungen offensiv zu vertreten und auch gegen die Widerstände von Lobbyisten aller politischen Farben durchzusetzen.

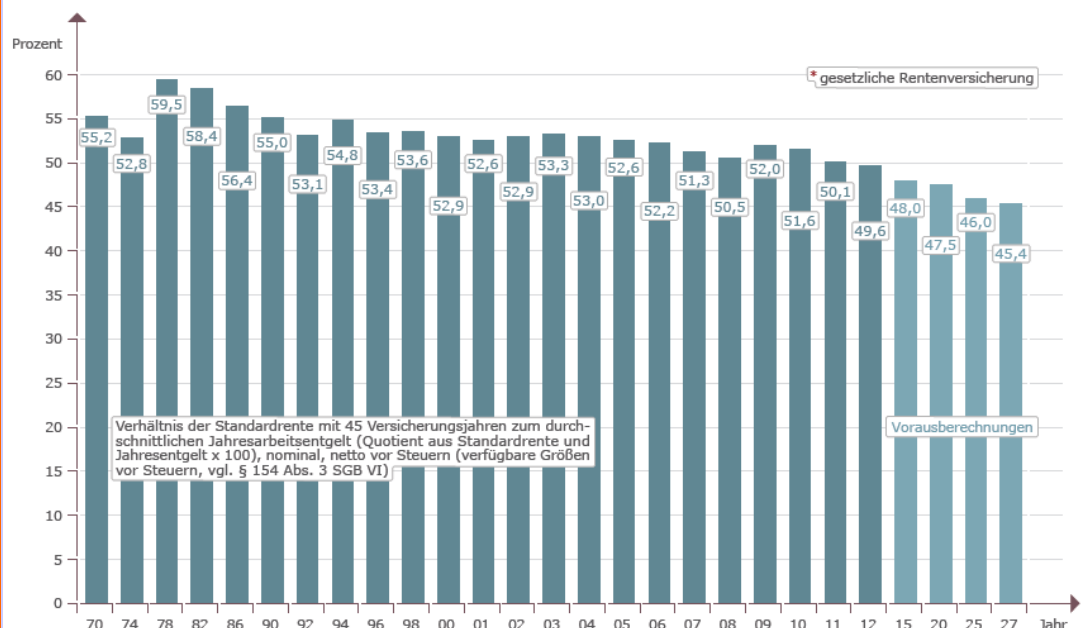
Jedoch nicht nur die Parteien und Politiker sind gefordert, sondern auch der Bürger.

Man fragt sich gelegentlich, wo bei einem so existenziellen Thema die Wutbürger bleiben. Wenn es um den Juchtenkäfer oder um Lurche geht, gehen die Menschen zu Tausenden auf die Straße, aber für ein Herzstück des Solidarsystems kommt nicht wirklich jemand hinter dem Ofen hervor – die Jungen, die es vor allem betrifft, nicht, und die Alten im Wartestand auch nicht oder nur sehr zögerlich.

Freilich: je länger gewartet und nichts getan wird, desto schwerer wird später die Lösung solcher Probleme. [HPG]

■ Entwicklung des Standardrentenniveaus (RV*)

Allgemeine Rentenversicherung, 1970 bis 2027



Quelle: Deutsche Rentenversicherung: www.deutsche-rentenversicherung.de; BMAS: Rentenversicherungsbericht 2013
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2014, www.bpb.de

Ein Rollator — oder „Der“ Rollator?

Tübingen, 1. 4. 2016

Wäre ich ein Rollator, so wäre ich ständig beleidigt, weil man mich so wenig achtet. Dabei bin ich überaus nützlich, gar unentbehrlich und doch in meinem Wesen verkannt.

Viele meinen, man könne mit mir nur gebückt fahren, wenn man nicht mehr so gut auf den Beinen ist. Aber was kann ich nicht sonst noch alles? Man kann sich auf mich gemütlich setzen, überall wo man sich gerade befindet. Ich bin eine Mobilitätshilfe, die Ihresglei-

chen sucht. Man kann mich leicht umrüsten zum Einkaufswagen, der auch alles Mögliche mittragen und mitschleppen kann, was eine fürsorgliche Hausfrau für nötig hält. Und das ist nicht wenig.

Nicht umsonst hält sich das Verbraucherklima auf schwindelnden Höhen, weil es eben keine Konsumschränken gibt. Behängt mit Taschen und Tüten fahre ich stolz aus dem Einkaufsparadies heraus; was der Mensch nötig hat, das trage ich mit großer

Leichtigkeit.

Noch ganz anderes kann ich leisten in bewegten Wahlkampfzeiten: ruck zuck umgewandelt in einen fliegenden Infostand, mit Plakaten umhüllt und aufzustellen in Ecken, wo sonst keine Partei hinkommt. Außerdem: wer hat etwas gegen einen mobilen Kleinkiosk oder Eisstand?

Man mag mich trotzdem nicht, sieht in mir nur ein Symbol von Alter und Gebrechlichkeit.

Aufruf: Rehabilitiert den Rollator!

Darum rufen wir auf zur Rehabilitation des Rollators!

Wenn sich zwei Fahrer treffen, sollen sie nicht mit gesenktem Blick und gegenseitigem Mitleid aneinander vorbeischieben, sondern mit erhobenem Haupt und

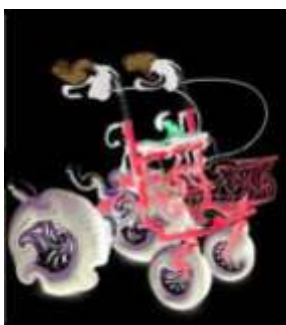


gestreckten Armen auf Augenhöhe den Kontakt suchen, mitleidig auf die beschwerlich an Stöcken oder ungestützt herumlaufenden Personen blicken, die sich nicht trauen, ein nahezu geniales Instrument zu nutzen.

Natürlich brauchen wir eine nachhaltig verbesserte technische Aus-

stattung. Hupe und Rückspiegel sollten selbstverständlich sein; dazu gehört auch eine ansprechende Beleuchtung und auf Wunsch auch Gummibereifung. Die farbliche Gestaltung des grauschwarzen Gebildes sollte grundlegend verändert werden, Stilrichtung egal, auf jeden Fall bunt.

Der künstlerischen Gestaltung des stilvollen Rollators sind keine Grenzen gesetzt, Jugendstil bevorzugt.



Der Rollator als Bereicherung des Straßenbilds, vom Publikum mit Beifall bedacht, wo immer er auftaucht. Wer mithilfe beim Schieben, bekommt ein Diplom.

Welche Möglichkeiten ergeben sich Tag für Tag für generationenübergreifende Kommunikation: Jüngere starke Männer helfen beim Rangieren des Rollators. Der dankbare Blick ist das Wenigste!

Die Krönung wäre ein Tag des Rollators mit

- Vorführungen,
- Reden,
- Ausstellungen moderner Geräte,
- zu Drehorgeln umgerüsteten Rollatoren als musikalische Begleiter.

Ja, das wäre schön und nicht so traurig, wie es ist, wenn ich kaum beachtet mühevoll als graues Gefährt durch die Wohnungstür geschoben werde und achtlos zusammengeklappt auf den



nächsten Einsatz warte. Wann wird unsere Stunde schlagen? Dann wenn Rolling Stones und Rollator in einem Atemzug genannt werden! [KS]

Mitgliederversammlung 2016 in Scharnhausen

Scharnhausen 16. 4. 2016

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden **Dr. Wolfgang Allehoff** erläuterte **Heinz Sprenger**, stellv. Hauptgeschäftsführer im Verband der Baustoffindustrie, das Aufgabenspektrum des Verbands. Er schlug einen

fraktion der FDP/DVP die Grüße und den Dank für

(**Heinrich Ritterhoff**) erfolgte die einstimmige Entlastung (Rechnungsprüfer Roland Kohn und Hildgund Gramespacher).

Das erfolgreiche Abschneiden der Freien Demokraten bei der Landtagswahl 2016 und die Diskussionen über die

Koalitionsoptionen der einzelnen Parteien wurden kommentiert. Den Abschluss der sehr erfolgreichen Mitgliederversammlung 2016 bildete die Vorstellung der Arbeitsgruppen in Eckpunktetapien:

- **Pflege** (Rainer Maute)
- **Wohnkonzepte im Alter** (Günther Hammer)
- **Energiewende** (Dr. Wolfgang Allehoff)
- **Lebenslanges Lernen** (Dr. Kurt Sütterlin)

die Unterstützung durch die Senioren bei der Landtagswahl im März. Diese führte nicht zuletzt durch die Mithilfe der Senioren fast zu einer Verdoppelung der Anzahl der liberalen Mandate im Stutt-

garter Landtag. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstands (Dr. Allehoff) und dem Bericht des Schatzmeisters über die gesunden Finanzen

interessanten Bogen zum Referat am Nachmittag zum Thema Planung und Verkehrsinfrastruktur.

Dr. Jan Havlik überbrachte im Auftrag der Landtags-

Fachreferat: Heute geplant - in 30 Jahren gebaut

Ein Highlight war der interessante und vieldiskutierte Vortrag von Stefan Tritschler vom Verkehrswissenschaftlichen Institut Stuttgart.

Heute geplant, in 30 Jahren gebaut – der lange Weg zu neuer Verkehrsinfrastruktur.

Tritschler zeigte am Beispiel der Rheintal-Autobahn, warum die Verhältnisse so sind, wie sie sind, und den Unterschied zwischen Deutschland und der Schweiz. Und warum es in Hongkong zum Teil wesentlich schneller geht.

Zum Einen liege es am

demokratischen Planungsprozess, zum Anderen aber auch an einer Überbürokratisierung

der Abläufe und selbstverschuldeten politischen Fallen.

[WHA] Fotos: KK



Rainer Maute



Günther Hammer



Heinrich Ritterhoff



Roland Kohn



Dr. Kurt Sütterlin



die Unterstützung durch die Senioren bei der Landtagswahl im März. Diese führte nicht zuletzt durch die Mithilfe der Senioren fast zu einer Verdoppelung der Anzahl der liberalen Mandate im Stutt-

garter Landtag. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstands (Dr. Allehoff) und dem Bericht des Schatzmeisters über die gesunden Finanzen



Liberales Senioren besuchen Bundesverfassungsgericht



BIBERACH 28.4.2016 - Von Biberach aus geht es nach Karlsruhe - Höhepunkt des Besuchs ist die Besichtigung des Plenarsaals.

Aus ganz Oberschwaben, vom Bodensee bis zur Schwäbischen Alb, sind kürzlich die liberalen Senioren von Biberach aus zu einem Besuch des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe gestartet.

Nach einer Stärkung in einem bäuerlichen Spargelrestaurant im Rheintal ging es zu Reiseziel. Bei einer Führung lernten sie das Gerichtsgebäude und die Geschichte des Hauses kennen. Im Senatssaal tagen beide Senate des Gerichts gemeinsam. Ölgemälde der Präsidenten des BVG grüßen von den Wänden.

In diesem repräsentativen Rahmen werden Delegationen der höchsten Gerichte aus der ganzen Welt empfangen. Einen Eindruck in die Arbeitsatmosphäre bietet die umfangreiche Bibliothek des Hauses, die sich zum Botanischen Garten hin öffnet. Diese beherbergt auch Ausschnitte aus der Geschichte des



Hauses ausgestellt. Besonders amüsant war die Klage des ersten Präsidenten gegenüber dem Bundesjustizminister über die „Verbannung

(des BVG) in die dörfliche Einsamkeit einer ehemaligen Residenzstadt“. Der Höhepunkt des Besuchs war die Besichtigung des Plenarsaals, bekannt durch viele Fernsehübertragungen.

Dort erhielten die Teilnehmer allgemeine Informationen über die Zusammensetzung des Gerichts und seine Arbeitsweise.

Der bekannte Richter-tisch mit dem imposanten Bundesadler bildete dann auch die Kulisse für das Gruppenfoto der Liberalen Senioren. [GB] Fotos: KK
Weitere Bilder auf der LSI Homepage.

In der Öffentlichkeit ist des Bundesverfassungsgericht in erster Linie durch die Senatsverfahren bekannt.

Nur in diesen Verfahren gibt es mündliche Verhandlungen mit TV-Übertragungen.

Einen umfangreichen Teil der Arbeit erledigen jedoch die Kammern.

In der Zeit von 1951 bis 2014 sind 7826 Verfahren im Senat, 180044 in den Kammern sowie 2704 Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entschieden worden.



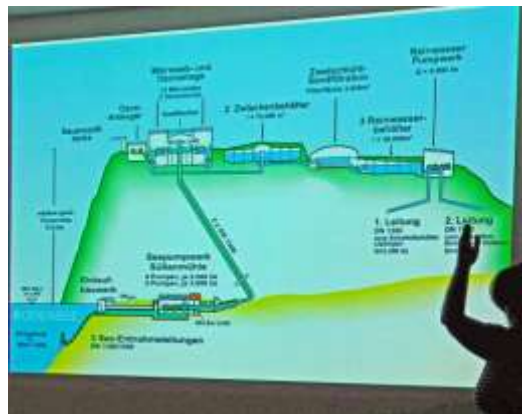
Die Pumpen des Seepumpwerks liefern bis zu 500000 m³ Wasser pro Tag. Dieser Tageshöchstbedarf kann hier und auf der Strecke in Behältern gespeichert werden. Insgesamt 1700 km Leitungsnetz werden aus Sipplingen versorgt. Bis in den äußersten Norden Baden-Württembergs werden 4 Millionen Menschen täglich mit frischem Trinkwasser beliefert. Der Durchmesser einer Hauptleitung wird von Klaus Kastner im Bild demonstriert. Das aufbereitete Trinkwasser fließt ab dem Sipplinger Berg frei in die angeschlossenen Städte und Gemeinden. Die Schwäbische Alb wird im Stollen unterquert. Bis an den Main kann das Trinkwasser bis zu 7 Tage unterwegs sein.

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben-Ulm

„Viel muss nicht unter-
nommen werden, um aus
Bodenseewasser bestes
Trinkwasser zu machen.“
So bescheiden formuliert
die Bodenseewasserver-
sorgung selbst ihre Tätig-
keit. Trotzdem, oder gera-
de deswegen, lohnt ein
Besuch der imposanten
Anlagen hoch über dem
Bodensee. Allerdings pro-
fitieren die Oberschwaben
selbst weniger als das
Unterland.

Liberaler Se-
nioren des
Regionalver-
bandes tra-
fen sich An-
fang Juni auf
dem Sipplin-
ger Berg zur
Besichtigung
des Werkes.
Auch aus
dem Unter-
land kamen
Mitglieder,
einschließ-
lich des Landesvorsitzen-
den der LSI, Dr. Allehoff.
In zwei Gruppen wurden
wir von sachkundigen Mit-
arbeitern empfangen und
geführt. Sie erklärten uns
die Wasserentnahme aus
der Tiefe des Bodensees.
Die gigantischen Pumpen
waren deutlich zu hören
und zu spüren.
Der grünlich schimmern-
de Quelltopf des Boden-
seewassers auf dem
Sipplinger Berg liefert den
Rohstoff. Dieser wird im
Anschluss mit Mikrosie-
ben, Filterschichten und
Sauerstoff, genauer Ozon,
zu absolut reinem Trink-
wasser aufbereitet. Her-
vorgehoben werden muss,
dass diese ganzen Prozes-
se keinerlei Abfallstoffe
erzeugen. Lediglich weni-
ge Kilogramm Algen wer-

den in Form
von Flocken
als Kompost
verwertet.
Am Ende der
Führung
konnten wir
uns selbst
von der Was-
serqualität
überzeugen
und die
Trinkgläser
als Souvenir
mit nach Hause nehmen.



ten, war es Zeit für ein kräfti-
ges Mittagessen. Ein Gast-
hof bot ein Panorama
des sonnenbeschienen
Bodensees und der
schneebedeckten Berge
im Hintergrund.
[GB/KK]

Weitere Bilder von KK
auf der LSI Homepage

Erstaunlich:
Diese jetzt
70 Jahre
alte Anlage
sieht aus,
als wäre sie
erst kürzlich
erbaut wor-
den. „Auch
wenn es
nur wenig
bedarf, so
gutes Trink-
wasser zu
bereiten“,
beeindruckt
hat uns die-
se Technik
gewaltig.

Nach den
vielen Trep-
pen und
Wegen, die
wir hinter
uns brach-



Sind Ältere Taktgeber oder Getaktete in der Politik ➔ BTW 2017

Bettina Munimus (geb. 1980) macht sich in einem Artikel (1) für die Bundeszentrale für politische Bildung Gedanken, ob Ältere die wahren Taktgeber in einer alternierenden Gesellschaft sind.

Sie kommt zu dem Schluss, dass das von Soziologen „passive Repräsentationsthese“ genannte Konzept auch 2015 stimmen würde. Danach fühlen sich ältere Menschen in ihren Interessen von Jüngeren adäquat vertreten. Allerdings glaubt sie, dass Konflikte zu erwarten seien, „wenn sich bei klammen Finanzkassen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, verteilungspolitische Fragen etwa dahingehend stellen, ob Kindergärten gebaut und Schulen saniert oder Gehwege barrierefrei gestaltet werden sollen.“

Ich glaube, hier fehlt der Dame die Lebenserfahrung.

In CDU und SPD, hier liegen die besten statistischen Zahlen vor, stellten 2010 Mitglieder über 60 Jahre die Mehrheit, unter 30-Jährige waren in beiden Parteien nicht einmal mehr mit acht Prozent. Die meisten der langjährigen Mitglieder über 60 Jahre wollen ihr aktives Engagement in gewohnter Weise aufrechterhalten, ohne jedoch Politik als Beruf auszuüben. Genau diese

Altersgruppe ist in den höheren Führungsgremien der Parteien und der Parlamente allerdings weit unterrepräsentiert.

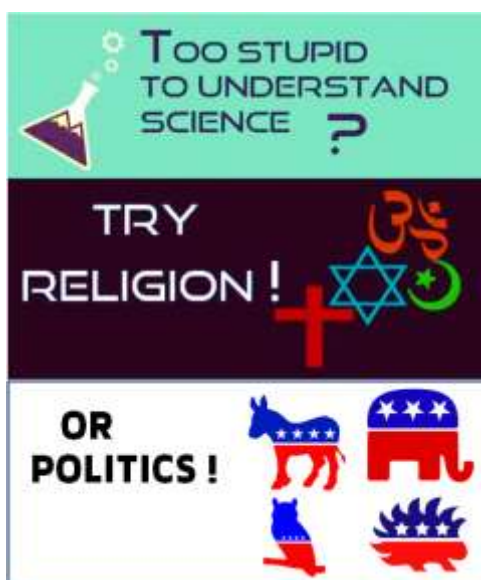
Bundestagsabgeordnete über 60 Jahre waren in der 17. Wahlperiode (2009 – 2013, als die FDP noch im Parlament war) gerade einmal mit 16,4 Prozent vertreten.

Ich bin überzeugt, dass die Zahlen für die FDP sich, was die Altersrelation betrifft, nicht unterscheiden.

Ich halte den Krieg der Generationen für ein Hirngespinnst der Boulevardpresse. Natürlich gibt es die reichen Beamten-Pensionisten ohne Kinder, die eine Luxus-Kreuzfahrt nach der anderen buchen – aber das ist die Ausnahme. Die Regel sind ehrenamtlich engagierte Senioren, die für ihre Enkel und Kinder ihr letztes Hemd geben würden.

Wolfgang Streeck (geb. 1946) schreibt in einem Jahrbuchbeitrag 2010 „Droht Deutschland eine Rentnerdemokratie?“:

„Eine kluge Politik in einer alternden Gesellschaft wird gemeinsame Interessen von Alt und Jung in den Vordergrund stellen und die sozialen Bindungen zwischen den Generationen pflegen. (...) Eine in diesem Sinne gute Politik ist schwierig, aber sie ist auch möglich, nicht zuletzt, weil es der Politik selber gegeben ist, durch Wahl einer geeigneten öffentlichen Sprache, insbesondere durch Vermeidung spalterischer Rhetorik, die Probleme so zu definieren, dass sie einer gemeinsamen und ausgleichenden Bearbeitung zugänglich bleiben.“



Vor diesem Hintergrund macht auch der Artikel von Hermann Otto Solms im FOCUS 19/2016 Sinn, der mit 75 noch einmal für den Bundestag 2017 kandidieren will.

Ich sehe allerdings für die etablierten Parteien eine andere, ernstere Gefahr, die sich auch schon beim letzten Landtagswahlkampf gezeigt hat: Unser Wählerklientel sind Ältere, die ihre politische Sozialisation in den stürmischen 60er, 70er und 80er Jahren aufgebaut haben und größtenteils hochqualifizierte Berufs- und Bildungsabschlüsse vorweisen.

Das sind Leute, die in den Debatten zwischen Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl gelernt haben, sich anhand von Qualitätsmedien eine eigene Meinung zu bilden.

Diese müssen an der gegenwärtigen Medienlandschaft verzweifeln. Ein Beispiel als pars pro toto: Maybrit Illner lädt den AfD-Vertreter Marcus Pretzell sowie Oskar Lafontaine, Klaus Wowereit und von der CSU Markus Söder zur Diskussion über Populismus ein.

Alle - inklusive der Moderatorin - Populisten von besonderen Gnaden, die sich nicht weh tun.

Wir laufen aktuell Gefahr, dass sich die gebildeten, älteren Wähler sich von einer als besonders doof empfundenen Politikvermittlung abwenden und gar nicht mehr wählen.

In Amerika gibt es die Bewegung: too stupid to understand science? Try religion! Or politics! [WHA]

(1) <http://www.bpb.de/apuz/153142/aeltere-taktgeber-in-der-alternden-gesellschaft?p=all>

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themenstellungen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Gerhard Bozler (GB)
Dr. Horst Dilger (HD)
Hanspeter Gramespacher (HPG)

Gastbeiträge

Dr. Hans-Ulrich Rülke, MdL (HUR)

Nächste LSI Aktuell-Themen

1. Altersvorsorge
2. Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, solange Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- "ambient assisted living" - Theorie und Praxis - können wir uns die teure Technologie leisten? Tübingen 16.9.2016
- Bundesdelegiertenversammlung in Mainz 1. Oktober 2016

[Bitte informieren Sie sich auf unserer Homepage.](#)

Liberales Senioren Initiative
Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhaltsverzeichnis:

Landtagswahl 2016 (WHA)	Seite 1
Kommentar zur grün-schwarzen Koalition (WHA/KS)	Seite 2
Namen und Ressortverteilung (HUR)	Seite 3
LSI-Gesandte (WHA)	Seite 3
Die neuen Pflegegrade (HD)	Seite 4-5
Rente und die Bundestagswahlkämpfe (HPG)	Seite 5-6
Der Rollator (KS)	Seite 7
Mitgliederversammlung 2016 Scharnhausen (WHA)	Seite 8
LSI beim Bundesverfassungsgericht (GB/KK)	Seite 9
Bodenseewasser Sipplingen (KK/GB)	Seite 10
Sind Ältere Taktgeber? (WHA)	Seite 11
Redaktionelle Informationen	Seite 12

www.liberales-senioren-bw.de